Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rääde
Kiel, 09.05.2001

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Weiterentwicklung der beruflichen Schulen

Anke Spoorendonk: Regionale Berufsbildungszentren sind ein Schritt in Richtung zeitgemäßer und moderner Berufsbildung

Der SSW begrüßt das Konzept der Landesregierung zur Weiterentwicklung der be-ruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren. Wir haben das Thema Berufliche Bildung schon oft hier im Landtag debattiert; zuletzt ging es um die Proble-me der Referendarbezüge, den Mangel an Fachlehrern und die Ausbildungsordnun-gen. Dabei steht für uns weiterhin fest, dass das Duale System dringend reformbe-dürftig ist.

Das hohe Tempo der Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft erfordert eine Berufsschulausbildung, die ganz anders als das heutige System der Dualen Ausbildung auf die kommenden Herausforderungen getrimmt sein muss. - Stichworte sind hier: Internationalisierung der Arbeitswelt, Flexibilisierung der Arbeitszeiten, schnellere Produktanpassungen, neue Berufsbilder, neue Technologien, größerer Bedarf an Weiterbildung.

Kurz um: Der Übergang von der Industrie- zur Informations- und Wissensge-sellschaft verlangt in der gesamten beruflichen Bildung Reformen.

Aus Sicht des SSW ist das - bisher nur in groben Skizzen vorgelegte - Konzept für Regionale Berufsbildungszentren ein Schritt in die richtige Richtung, um eine zeit-gemäße und moderne Berufsbildung in Schleswig-Holstein zu etablieren. Dabei be-grüßen wir, dass sich die Landesregierung nicht zuletzt

von den guten Erfahrungen unserer Nachbarländer leiten lassen will.

Im Bericht steckt die Landesregierung nur den Rahmen ab für die künftigen Regionalen Berufsbildungszentren, und das ist gut so. Der bisherige Konzeptentwurf soll als Grundlage für eine Diskussion aller Akteure und Beteiligten dienen, damit dann in einem längeren Prozess - unter Einschluss von Arbeitsgruppen und Fachtagungen - detaillierte Vorschläge erarbeitet werden können. Im Herbst 2002 soll der Dialog abgeschlossen sein, und ab dem Schuljahr 2002/2003 soll eine Pilotphase mit Pilot-standorten gestartet werden. Trotz des enormen Veränderungsdrucks glaube ich, dass es vernünftig ist, sich die Zeit zu nehmen, dieses Projekt genau zu durchdenken und Schritt für Schritt zu realisieren.

Wichtigste Zielsetzung bei der Umwandlung der bisherigen Berufsschulen ist es, durch die Stärkung von Eigenverantwortung und Eigeninitiative die Rahmenbedin-gungen für die berufliche Bildung als lebenslanges Lernen zu verbessert. Dabei wird also die lange geforderte Verzahnung von beruflicher Aus- und Weiterbildung ange-strebt. Um das zu erreichen, sollen die neuen Regionalen Berufsbildungszentren eigenverantwortlich handelnde, rechtlich und wirtschaftlich selbständige Bildungs-unternehmen werden.

Das heißt also: die Steuerung der berufsbildenden Schulen soll so geändert werden, dass die Entscheidungen über das Angebot und den Ressourcenverbrauch der einzel-nen Schulen verstärkt in der Region selbst gefällt werden können, denn mit den traditionellen Strukturen wird es schwierig sein, die berufsbildenden Schulen so zu verwalten, dass ihre Bildungs- und Weiterbildungsangebote kunden- und nachfrage-gerecht werden. - Ausbildungsbetriebe, Innungen, Kammern, die Arbeitsverwaltung und die beruflichen Bildungsträger werden erwarten, dass die neu gegründeten Zent-ren flexibel und differenziert auf Belange und Entscheidungen vor Ort reagieren können.

Aus der Sicht des SSW ist daher die Einbindung der regionalen Akteure in die Ent-scheidungsgremien der Regionalen Berufsbildungszentren ein ganz zentrales Ele-ment bei der Neugestaltung der Berufsschulen. Wir stellen uns vor, dass das regio-nale Berufsbildungszentrum, je nachdem welche Rechtsform gewählt wird GmbH, Stiftung, Verein oder Anstalt des öffentlichen Rechts, politisch von einem Vor-stand geführt wird.

In diesem Vorstand sollten dann zum Beispiel die Schulleitung, Vertreterinnen und Vertreter der bisherigen Schulträger (Kreise und kreisfreie Städte), des Arbeitsamtes und - ganz wichtig - der Sozialpartner sitzen. Sowohl die Wirtschaft als auch die Arbeitnehmervertreter der jeweiligen Region sollten vertreten sein.

Gerade die Erfahrungen aus Dänemark zeigen, dass die gute Zusammenarbeit zwi-schen Kommunen, Arbeitsämtern, Wirtschaft und Gewerkschaften dazu beigetragen hat, dass die Berufs- und Weiterbildungsschulen - beispielsweise in Sønderjylland -schnell auf Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt reagieren können. Nicht zuletzt diese Form der Zusammenarbeit ist charakteristisch für das dänische System, das von der Bertelsmann-Stiftung ausgezeichnet wurde, und das gemessen an den Ar-beitslosenzahlen großartige Erfolge vorzuweisen hat.

Die Idee eines Regionalen Berufsbildungszentrums ist also mehr als nur die Aus-wechslung eines Türschildes. Sie erfordert Umdenken und große Lernbereitschaft - nicht zuletzt auch bei dem bisherigen Personal der Berufschulen. Die Lehrkräfte müssen also für diese neuen Ideen gewonnen werden. Wenn das vorhandene Potenzial der Lehrkräfte optimal ausgeschöpft werden soll, muss auch hier überlegt wer-den, wie man einen größeren Gestaltungsspielraum am Arbeitsplatz schaffen kann.

Aus der Sicht des SSW ist dabei klar, dass die geplanten Berufsbildungszentren nicht in Konkurrenz zu den schon vorhandenen regionalen Weiterbildungsangeboten der verschiedenen Bildungsträger treten sollen. Im Gegenteil: Man sollte zusammenar-beiten und eine enge Abstimmung der Weiterbildungsangebote anstreben.

Es ist verständlich, dass die Landesregierung vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage eine kostenneutrale Umsetzung des Konzepts anstrebt. Je nachdem wie das Konzept umgesetzt wird, ist aber mit Veränderungen im Bereich der Standorte und deren Ausgestaltung zu rechnen. Ohne Anschubfinanzierung zur Umsetzung des Konzepts wird es also nicht laufen.